



„Die Waffen liefern die Reichen, die Armen die Leichen.“ „junge welt“, 17.5. 2023

15. September 2023: Nächster weltweiter Klimastreik-Tag!

Das Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ von der Gewerkschaft Verdi sowie von „Fridays for Future“ unterstützt den Streiktag: <https://oepnvbrauchtukunft.de/>. In Lindau konzentrieren sich die Aktionen an diesem Tag auf die „Landtorbrücke“ zum Stadtteil Insel. Zuvor, am Sonntag, 10. September 2023, ist zum gleichen Thema in München eine Demonstration gegen den IAA-Wirbel und den Autofanatismus: „Eisenbahn statt Autowahn“. <https://attac.de/iaa-2023>. *Lindau, 19. März 2021.*



Lindau, 19. März 2021.



Tarifrunde 2023: Der Handel verhandelt.

Die Angestellten und ArbeiterInnen im Einzelhandel stecken mitten in der aktuellen großen Tarifrunde. Die Tarifverhandlungen für die rund 5 Millionen Beschäftigten im Handel werden regional geführt. Je nach Region verhandelt ihre Gewerkschaft *ver.di* deshalb an verschiedenen Terminen. Klar ist: Die Beschäftigten haben mehr verdient als Applaus und einen feuchten Händedruck, denn: #Ohneunskeingeschäft. Der Einzel- und Versandhandel ist zunächst mit einer Forderung von 2,50 € mehr Stundenlohn eingestiegen. Im Groß- und Außenhandel fordert *ver.di* 13 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 400 € im Monat. Ziel der Tarifrunde ist es, mit einer deutlichen Einkommenssteigerung einen Beitrag zur Bekämpfung von drohender Armut und Altersarmut im Handel zu leisten, vor allem von Frauenaltersarmut – der Anteil von Frauen im Einzelhandel liegt bei etwa 66 Prozent. Kaum eine Branche ist so von prekärer Beschäftigung geprägt: Die weite Verbreitung von (unfreiwilliger) Teilzeitarbeit oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen führt dazu, dass bei vielen Beschäftigten das Einkommen nicht zum Leben reicht. **Solidarität und Kampf sind nötig und hilfreich!!**

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer/-innen und Zugbegleiter/-innen GdL fordert im derzeitigen Tarifkampf 555,- € mehr pro Monat und eine Verringerung der tariflichen Wochenarbeitszeit von bisher 38 auf nun 35 Stunden sowie eine Erhöhung der Schichtzulagen um 25%.

Hilfe für belästigte und gemobbte Betriebsrätinnen und Betriebsräte:

„Betriebsräte im Visier. Bossing, Mobbing & Co. Solidarität stärken!“, Konferenz in Mannheim, 14. Oktober 2023, Gewerkschaftshaus. Kontakt: www.gegen-br-mobbing.de .

Spendenkonto für die Opfer des Erdbebens

in Syrien und der Türkei 2023, von medico international:
IBAN: DE 69 4306 0967 1018 8350 02. Stichwort: **NOTHILFE ERDBEBEN**



Der neue Reutiner Bahnhof hat einen Dachschaden.

Ein Rohrstummel in der Überdachung der Reutiner Bahnsteige 22, 23 und 24 sorgt dafür, dass dort bei Regenwetter regelmäßig das Wasser exakt neben die Wartebank darunter tropft, bzw. „schießt“ (vgl. Foto vom 8.8. 2023). Ein Konstruktionsfehler in der Regenwasserableitung der Überdachung, die nasses Gepäck und nasse Fahrgäste bewirkt. Das DB-Management hat dieses längst bekannte Übel immer noch nicht beseitigt. Am **14. September 2023 um 17.00 Uhr findet im Alten Rathaus** Lindaus auf der Insel eine öffentliche städtische Informationsveranstaltung zur Zukunft der beiden Lindauer Bahnhöfe statt. Bekanntermaßen drohen dem Bahnhof Lindau-Insel eine Verringerung der Bahnsteiggleise sowie eine Verkürzung der Länge der verbliebenen Bahnsteige. Dies würde ihre Tauglichkeit für zukünftige Eisenbahnverkehre massiv einschränken.

Vorarlbergs Landesverkehrsminister (Landesrat) Daniel Zadra schrieb hierzu an die Stadt Lindau am 21. Februar 2023 u.a.:

„Die Stadt Lindau ist für die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sowie unsere Gäste ein attraktives Ziel für Kultur, Einkauf und Tourismus, etc. Umgekehrt freuen wir uns auch über Besucherinnen und Besucher aus Ihrem Raum, sei es in den Zentren im Vorarlberger Rheintal oder bei gefragten Ausflugszielen in der Bergwelt, etwa des Bregenzerwaldes oder im Montafon (...) Darüber hinaus ist Lindau der Dreh- und Angelpunkt für die Verknüpfung der Verkehre aus Schweiz, Österreich und Deutschland (...)

Die Anzahl der Bahnsteige am Inselbahnhof dürfte grundsätzlich langfristig reichen, selbst mit Verringerung auf 6 Kanten. Wichtig wäre der Erhalt einer Länge von über 210 m für den Regionalverkehr, da auf österreichischer Seite in den nächsten Jahren mit gut 100 m langen Zügen gefahren wird, die bei mehreren Kursen (v.a. in den Hauptverkehrszeiten oder bei Veranstaltungen) auch in Doppeltraktionen geführt werden und somit rund 210 m lang sind. Für die Anbindung Lindaus im Fernverkehr sind die entsprechenden Zuglängen im Fernverkehr zu berücksichtigen. Speziell bei Linienende in Lindau wäre die Bedienung des Inselbahnhofs anstrebenswert.

Konkrete Planungsüberlegungen dazu sind wie o.g. der Eurocity Zürich-Bregenz-Lindau-München, der spätestens im Zeithorizont 2035 zusätzlich zu den zweistündlichen Verbindungen auf der Gesamtlinie (mit Halt in Reutin) in der versetzten Stunde bis/ab Lindau - ggf. auf den Inselbahnhof - geführt werden könnte. Weitere Überlegungen betreffen den Fernverkehr aus/nach Richtung Vorarlberg-Tirol-Wien, der heute in Bregenz endet - für den eine Weiterführung bis Lindau jedoch nicht ausgeschlossen werden sollte...“.

Die Pläne der Therme Lindau,

ihren Profit zum Nachteil der Schrebergärtnerinnen und Gärtner am Eichwald zu erhöhen, sind bekannt. Nun erhielten die Betreiber der Therme zweimal Grenzen ihres Verlangens aufgezeigt. Am 18. August 2023 wurden auf Folgendes hingewiesen: „Bitte nutzen Sie künftig nicht mehr den Informations-Schaukasten des Eisenbahn- Landwirtschaft e.V. für Ihre geschäftlichen Interessen und Zwecke. Dieser Schaukasten dient dem Verein um Informationen im Interesse des Vereins und der Vereinsmitglieder zur präsentieren und zu verbreiten. Sollten Sie Informationen von allgemeinem Interesse haben, können Sie diese uns gerne vorab zukommen lassen. Wir, die Initiative zum Erhalt der Gärtner, prüfen dann, ob wir diese Informationen im Sinne des Vereines verbreiten möchten. Das Schreiben zu den bodenschutzrechtlichen Vorgaben werden wir somit wieder aushängen.“

Bereits am 17. Juli 2023 hatte die Firma Schauer & Co. GmbH Post vom Lindauer Landratsamt erhalten. Darin wurde sie darauf hingewiesen, „dass im Rahmen der Detailuntersuchung der Firma emplan eG/München Bodenbelastungen im Bereich der Kleingärten im Kamelbuckelgelände Ost festgestellt wurden, welche zu eine Nutzungseinschränkung einzelner Parzellen führte...“.

Leben und Freiheit für den Journalisten und Wikileaks-Gründer Julian Assange in England sowie für den farbigen US-Journalisten Mumia Abu Jamal dringend retten!

Bayerns Landtagswahlen am 8. Oktober 2023

Wie auch zur Bundestagswahl 2021 sind meine politischen Schwerpunkte die ländliche Entwicklung, Nachhaltigkeit und Friedenspolitik. Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit als selbstständiger Energieberater liegt mir auch die uns allen bekannte Energiewende am Herzen.

In der Stadt Lindau, aber auch im Landkreis ist das Thema Energiewende in aller Munde. Gerade die Energieversorgung über Umweltenergie wie Wärme-pumpen u. Ä. ist häufig in Frage gestellt. Bei meinem letzten Treffen in Lindau war u.a. die Wärmequelle Bodensee als „Aquiferspeicher“ ein Thema. Hier kam auch die Frage auf, was mit dem Bodensee passiert, wenn diesem zu viel (Wärme-) Energie entnommen wird. Diese Frage kann ich nicht beantworten, ich bin kein Biologe. Jedoch können wir die Thematik aus einer anderen Perspektive betrachten und grob abschätzen wie viel Energie frei wird, wenn wir die Temperatur des Bodensees um 1 °C absenken.

Laut Wikipedia hat der Bodensee ein Speichervolumen von 48 km³ mit einer spezifischen Speicherfähigkeit von 4,18 kJ/kg Wasser. Das ergibt eine Energiemenge von 56 Terawattstunden bei Absenkung um 1 °C.

Ein Haushalt wendet im Durchschnitt 4.000 kWh Strom, 18.000 kWh Heizenergie, und 5.000 kWh für ein e-Auto mit 25.000 km jährlicher Fahrleistung auf. Dies ergibt rund 27.000 Kilowattstunden. Dividiert können mit dieser Energie rund 2 Millionen Haushalte versorgt werden.

Ich schließe daraus, dass die Verwendung des Bodensees als Aquiferspeicher sehr viel Energie zur Verfügung stellen könnte. Solange es noch weitere Energieträger gibt, die zur Energieproduktion verwandt werden (PV, Wind, Solar, Geothermie...) und die Entnahme kontrolliert, also in Maßen stattfindet, ist nicht von einer Schädigung der Natur auszugehen.

Der Zu- und Abfluss in den See bleibt im Beispiel unberücksichtigt.

Herzlich, *Engelbert Blessing*, Ihr Landtagswahlkandidat im Wahlkreis Lindau-Oberallgäu



Die Alternative zur Demagogie von rechts

Jeder Mensch in Bayern muss gut und selbstbestimmt leben können. Unsere Politik als **DIE LINKE** stellt daher das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt. Ein wichtiger Schritt ist hierfür ein bayerisches Tariftreuegesetz. Langfristig muss die Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche – bei vollem Lohnausgleich – gesenkt werden.

Alle Chancen für jedes Kind

Bildungsgerechtigkeit entlastet Schüler:innen, Eltern Lehrerinnen und Lehrer. Unsere Kitas brauchen eine Fachkräfteoffensive. Allen Kindern muss ein kostenloser Kitaplatz zur Verfügung gestellt werden. Flächendeckende und hochwertige frühkindliche Bildung müssen garantiert sein. Junge Migrant:innen sind hinsichtlich ihres Spracherwerbs besonders zu fördern. Gesonderte Klassen für Migrant:innen lehnen wir ab. Kinder lernen am besten am besten und schnellsten mit und von anderen Kindern. **DIE LINKE** in Bayern.

Bundesweiter Bildungs-Protesttag ist der 23. September 2023.

VHS Lindau - Bildung für alle erhalten!

Die VHS Lindau und Lindenberg sollen wohl „vereint“ werden. Solche Zusammenschlüsse bergen Chancen, aber auch Gefahren. Wir fordern daher, dass das Bildungsangebot in Lindau vollumfänglich erhalten bleibt und keinesfalls dem „Rotstift“ zum Opfer fällt.

Ebenso müssen alle Verträge und Stellen für die dort Lehrenden gänzlich erhalten bleiben.

Nur dann kann die Volkshochschule ihren wichtigen Bildungsbeitrag für die gesamte Bevölkerung leisten! Die Verhandlungen dazu müssen öffentlich geführt werden. up.

Sagt Nein zu Militarismus



Krieg, Aufrüstung, und Burgfrieden!

Der 6. ordentliche Ver.di- Bundeskongress tagt vom 17. bis 23. September **2023** in Berlin. Die Initiative „SAGT NEIN!“ aus Mitgliedern bei Ver.di und anderen DGB-Gewerkschaften stemmt sich gegen die dort von der SPD-orientierten Vorstandsmehrheit geplante Absegnung eines neuen Militarismus in den Gewerkschaften. Ihr Appell lautet:

„Nachdem der DGB-Bundeskongress 2022 auf Betreiben des DGB-Bundesvorstandes und unter Bruch unserer Satzungen und Beschlüsse das „Ja! zu Waffenlieferungen“ beschlossen hat, soll dies jetzt auf Initiative des ver.di-Vorstandes, unterstützt durch den Gewerkschaftsrat auch auf dem ver.di-Bundeskongress nachvollzogen werden: Ja! zu einer Kriegslogik, die unter dem Deckmantel eines sogenannten „umfassenden Sicherheitsbegriffs“ ausdrücklich „militärische Sicherheit“, indirekt „Auf- und Hochrüstung“ und Kriegseinsätze auch deutscher Soldat:innen befürwortet – „was zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist“ und das alles unter der den wahren Kern verschleiern den Überschrift: „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“. (**Alle in Anführung gesetzten kursiven Passagen sind Originaltext des Leitantes**)

Mit vielen Worten und dem Appell an die „besondere Verantwortung“ der Regierenden garniert, sollen die Delegierten die Hand heben für den Schulterchluss der Gewerkschaften mit der deutschen Regierung, insbesondere für die militärische Unterstützung der Ukraine. Heute sind dies Waffenlieferungen bis hin zu weltweit geächteten Streubomben, morgen können das schon Soldat:innen sein! Das 100-Milliarden-Hochrüstungsprogramm wird nur teilweise abgelehnt, weil es „ausschließlich für die Bundeswehr“ ist; weil dieselbe Regierung nach wie vor unbeirrt und ungeniert mit demselben neoliberalen Austrocknungsprogramm der öffentlichen Daseinsvorsorge fortfährt, so wie alle ihre Vorgängerregierungen; die „Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und NATO“ soll lediglich „nicht grenzenlos“ sein.

Das ist der finale Kniefall vor militaristischer Logik und das genaue Gegenteil von unserer elementaren gewerkschaftlichen Grundüberzeugung: Uns eint die Ablehnung eines Denkens in militärischen Kategorien. Diese wird in das Gegenteil verkehrt durch die Einfügung eines kleinen Wortes: „Uns eint die Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.“

Wir, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von ver.di, IG Metall und anderen DGB-Einzelgewerkschaften, wenden uns an die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses:

SAGT NEIN! Hebt Eure Hand nicht für einen erneuten Schulterchluss der Gewerkschaften mit dem deutschen Kriegskurs!“

Bitte unterschreiben bei:

<https://www.change.org/p/sagt-nein-gewerkschafterinnen-gegen-krieg-militarismus-und-burgfrieden>

Liebe Patientinnen und Patienten aus dem Landkreis Lindau!

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, ist die Rotkreuzklinik Lindenberg in finanziellen Schwierigkeiten und hat daher ein Schutzschirmverfahren eingeleitet.

Wir, Ihre Ärztinnen und Ärzte, sehen eine zukünftige wohnortnahe Krankenhausversorgung im Westallgäu auch durch die Reformpläne von Gesundheitsminister Lauterbach in Gefahr und wollen mit Ihnen zusammen für den Erhalt der Krankenhäuser auf dem Land kämpfen. Hierfür gibt es durchaus

Möglichkeiten, auch für das Westallgäu. Dafür müssen wir aber alle gemeinsam aktiv werden. Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie unseren dringenden Wunsch an die zuständigen Verantwortlichen aus der Kommunalpolitik, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Gesundheitsversorgung im Westallgäu sicher zu stellen. Wir werden diese Liste unserem Landrat persönlich übergeben.

Bitte helfen Sie uns! Unterschreiben Sie für die Rettung der stationären medizinischen Versorgung in unserem Landkreis. Für die Rettung der Krankenhäuser auf dem Land! Vielen Dank. Ihre Westallgäuer Ärzteschaft. **Die Unterschriftenliste** (Ausschnitt):



Bitte vollständig mit dem gesamten Namen, der Adresse und der Unterschrift ausfüllen und dann per Post senden an das Gesundheitsnetz Westallgäu e.V., Säntisweg 9 in 88161 Lindenberg. Danke.